
Berichte

Gewerkschaften und Medien — eine Standortbeschreibung

Auftrag

Der DGB und seine 17 Gewerkschaften setzen sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Die Gewerkschaften betrachten sich als einen Grundpfeiler des demokratischen Staates. Sie sorgen für den sozialen Fortschritt, für humanere Arbeitsbedingungen und sie bemühen sich um mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft. Auf ähnliche Weise fällt den Medien in unserem Lande, d. h. der Presse, dem Funk und Fernsehen, eine beachtliche und gesellschaftliche Aufgabe zu.

Die Frage, welche Rolle diese Medien in unserem Lande sowie über seine Grenzen hinweg spielen und unter welchen Bedingungen gesetzlicher, technischer und marktpolitischer Art sie wirken, ist von höchstem gesellschaftlichem Interesse. Der zwischen den politischen Parteien, gesellschaftlich relevanten Gruppen und mächtigen Kapitalinteressen um die Medien stattfindende Meinungskampf ist Ausdruck der Medienpolitik. Auf die besondere Rolle des Gesetzgebers, der Länder, des Bundes, des Bundesverfassungsgerichtes, bei der Festlegung gesetzlicher Grundlagen (Rundfunkgesetze), der Formulierung von Staatsverträgen (z. B. Mehrländeranstalten wie ZDF und NDR), der Feststellung verfassungsrechtlicher Normen, soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Auch hier handelt es sich naturgemäß um medienpolitische Fragen.

Selbstverständlich kann und darf ein so wichtiges Gebiet wie die Medienpolitik den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein. Seit Gründung des DGB 1949 gibt es Beschlüsse, aktuelle Stellungnahmen und Vorschläge sowie Gespräche, Kontakte und Veranstaltungen, die

ein hervorragendes gewerkschaftliches Interesse am gesellschaftlichen Dialog über Presse und Rundfunk und später auch Fernsehen unterstreichen. Die praktische medienpolitische Arbeit des DGB wird von den Zielen und Forderungen bestimmt, die sich in den Bundeskongreß-Anträgen, dem Aktions- und Grundsatzprogramm widerspiegeln. Diese Ziele und Forderungen wiederum orientieren sich an den gesellschaftspolitischen und technischen Entwicklungen, mit denen die Gewerkschaften konfrontiert werden. Es besteht für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, sich mit bestimmten Einflüssen dieser Entwicklungen auf den persönlichen Bereich jedes einzelnen, aber ebenso auf die Arbeitswelt auseinanderzusetzen, Stellung zu beziehen und sich zu engagieren.

Nach dem 10. Ordentlichen Bundeskongreß in Hamburg (Mai 1975) wurde die bis dahin bestehende Abteilung Werbung beim Bundesvorstand umbenannt und offiziell erweitert. Sie heißt nunmehr seit vier Jahren Abteilung Werbung—Medienpolitik. Die in der Medienpolitik insgesamt anfallenden Fragen können derzeit aufgrund der bescheidenen personellen Besetzung nur teilweise und mit Schwergewicht auf die herausragenden Themen wahrgenommen werden. So gibt es beim DGB beispielsweise im Vergleich zu den Arbeitgebern und den beiden großen Kirchen keinen eigenen Rundfunk- und Fernsehdienst, der sich auf eine eigene Programmbeobachtung stützt und in dem kontinuierlich gewerkschaftliche Positionen und Gedanken zur Medienwelt veröffentlicht werden könnten. Natürlich sind die Gewerkschaften auch ohne einen solchen Dienst nicht stumm. Gewerkschaftsvertreter sind bei wichtigen medienpolitischen Veranstaltungen - auch der Parteien — anwesend und äußern sich. Es gibt medienpolitische Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse. Presseerklärungen werden abgegeben. In den Gewerkschaftszeitungen erscheinen in zunehmender Zahl Artikel und Beiträge zu Rundfunk- und Pressefragen. Dieses Schwerpunktheft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ ist ein weiteres Glied in der Kette der publizistischen Bemühungen der Gewerkschaften des DGB in dieser Frage. Verständlich ist das Engagement direkt betroffener Gewerkschaften, wie der Gewerkschaft Kunst, hier speziell mit ihrem Verband RFFU (Rundfunk-Fernseh-Film-Union) der IG Druck und Papier mit der Deutschen Journalisten-Union (dju), dem Verband deutscher Schriftsteller (VS) und der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), bei denen neben allgemein medienpolitischen Fragen noch ganz hautnahe Mitgliederinteressen aus dem Produktionsbereich hinzukommen.

Mitgliederinteressen bestimmen die Medienpolitik

Der DGB als Dachorganisation muß darum bemüht sein, die vielseitigen Interessen zusammenzubringen und zu koordinieren. Der DGB vertritt in der Medienpolitik auch die große Zahl der Mitglieder jener Gewerkschaften, die nur als Konsumenten der Medien auftreten, die aber sehr wohl ein großes Interesse daran haben, in welcher Medienlandschaft sie leben müssen. Die gegenwärtige medienpolitische Entwicklung in der Bundesrepublik, die besonders reich an Konfliktsituationen ist, hat innerhalb der Gewerkschaften zu einem wachsenden Interesse und zu vielseitigen Aktivitäten im medienpolitischen Bereich geführt. Insbesondere die bevorstehende Einführung neuer Medien, wie Kabelfernsehen, Videotext und Bildschirmtext, wird von ihnen bereits in der Vorbereitungsphase sehr aufmerksam und zugleich kritisch verfolgt. Alle Chancen zur Mitsprache und zur Beteiligung werden dabei verantwortungsbewußt und zielstrebig verfolgt und wahrgenommen. Die Mitarbeit in zeitweiligen Gremien, wie der staatlichen „Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems - KtK“, dem Arbeitskreis „Bildschirmtext-Anwendungen“ bei der Deutschen Bundespost oder der begonnene technologiepoltische Dialog mit dem Bundesforschungsministerium, signalisieren Bereitschaft und gewerkschaftliches Engagement in diesen Fragen.

Doch es geht beim Stichwort Medienpolitik ja nicht nur um technischen Fortschritt, um Zukunftsvisionen, für die heute bereits die Weichen zu stellen sind. Die Auseinandersetzung

gen um das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem und die negativen, durch Konkurrenz und Konzentration bedingten Entwicklungen im Bereich der gedruckten Presse haben deutlich gemacht, daß das derzeitige Informationssystem - die Balance von öffentlich-rechtlichem Rundfunk auf der einen und privatwirtschaftlich strukturierter Presse auf der anderen Seite - in Gefahr ist. In Gefahr, zum Spielball partei- und wirtschaftspolitischer Machtkämpfe zu werden.

Die von bestimmten Kreisen aufgestellte Behauptung, bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten handle es sich um ein Monopol, das es zu brechen gilt, und zwar im Interesse einer größeren Informationsvielfalt und -freiheit, ist eine ungeheuerliche Tatsachenverdrehung. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten stehen in einer gesunden Konkurrenz zueinander, und das 1., 2. und 3. Programm des Fernsehens bietet eine Reihe Alternativen, ohne den allerdings nie zu verwirklichenden Anspruch, es allen jederzeit recht zu machen. Auf jeden Fall kann man von Rundfunk und Fernsehen behaupten, daß sie keinesfalls einseitiger sind als manche Zeitung und daß politische und informatorische Sendungen mit Abstand vielfältiger sind als vieles, was in der Presse zu lesen ist.

Gewerkschaftliche Aktionen für den Ausbau des Informationssystems

Die Gewerkschaften haben die Gefahren für das derzeitige Informationssystem erkannt und ihre Vorstellungen für die weitere Entwicklung in aktuellen Stellungnahmen, aber auch in sehr praktischen Aktionen wie Konferenzen und Fachtagungen der breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht. Dazu zählen solche Veranstaltungen wie die medienpolitische Konferenz des DGB zum Thema „Ist die Rundfunkfreiheit bedroht?“ im April 1978 in Bonn. Aber auch Fachtagungen wie die der Postgewerkschaft im Frühjahr dieses Jahres zur Thematik „Elektronik und Arbeit“, zugeschnitten auf die Probleme der Arbeitswelt, verdeutlichen das breite Spektrum gewerkschaftlichen Engagements. Die IG Druck und Papier war Mitveranstalter einer internationalen Konferenz im November 1978 in Berlin, bei der es um presserelevante Fragen aus gewerkschaftlicher Sicht ging.

Die Gewerkschaften nutzen, wenn es um die praktische Umsetzung ihrer medienpolitischen Forderungen und Vorstellungen geht, alle Möglichkeiten, die ihnen der Gesetzgeber und die eigene Organisation bieten. Kongresse, Gewerkschaftstage und Fachtagungen besitzen dabei einen besonderen Stellenwert, wenn es um grundsätzliche Fragen geht. Für die unmittelbare praktische Arbeit steht die Arbeit der gewählten Vertreter in den Aufsichtsgremien der Funk- und Fernsehanstalten, stehen Gespräche und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Fachredakteuren im Vordergrund.

Bekanntlich haben die 11 in der ARD zusammenarbeitenden Sender in München, Frankfurt, Hamburg, Bremen, Saarbrücken, Berlin, Stuttgart, Baden-Baden und Köln sowie der Deutschlandfunk und die Deutsche Welle und als bundesweite Länderanstalt das ZDF Kontrollgremien (sprich Rundfunkrat, Fernsehrat, Verwaltungsrat, Programmbeirat) entsprechend den gesetzlichen bzw. staatsvertraglichen Regelungen. Die Zusammensetzung und das Benennungsverfahren dafür sind uneinheitlich. Die gewerkschaftlichen Vertreter werden überwiegend von den DGB-Landesbezirken benannt. Beim WDR wird der Rundfunkrat vom Landtag zusammengesetzt. Hier sind die Gewerkschaften auf das Wohlwollen der Fraktionen angewiesen. Bei anderen Gremien hat der DGB das Recht, als gesellschaftlich relevante Gruppe seinen Vertreter direkt zu benennen. Für das ZDF und den Deutschlandfunk benennt der DGB-Bundesvorstand seine Vertreter. Im Rundfunkrat der Deutschen Welle gibt es bedauerlicherweise überhaupt keinen Gewerkschaftsvertreter. Dennoch wird vor allem in der Presse der Eindruck zu erwecken versucht, die Gewerkschaften hätten einen übermäßigen Einfluß. Das Gegenteil ist richtig. Als Beispiel sei der Fernsehrat des ZDF benannt. Staatsver-

traglich sind drei Vertreter von Gewerkschaften vorgesehen. Bei insgesamt 66 Mitgliedern ist das relativ wenig, für andere jedoch zuviel. Nur muß man dabei bedenken, daß sich in diese drei Plätze der DGB und seine Konkurrenzorganisationen DAG und DBB teilen. Dieses Gremium ist also nicht repräsentativ und nach Gewicht zusammengesetzt, sondern eher nach einem breiten gesellschaftlichen Fächer. Eine erneute interne Aufteilung nach politischen Freundeskreisen (ähnlich den Fraktionen im Parlament) bringt zusätzlich positive und negative Aspekte und entspricht nicht dem gegenwärtig bundesweit gültigen Parteienstimmverhältnis.

Mehr Mitspracherechte für die gesellschaftlich relevanten Gruppen im Rundfunk gefordert

Seit längerem schon wird die Frage diskutiert, ob und in welcher Weise die Kontrollgremien eine bessere Kompetenz hinsichtlich der Zuhörer und Zuschauer (Rezipienten) entwickeln können. Dabei wird immer wieder darauf verwiesen, daß die Gremienmitglieder zwar deren Interessen vertreten, von ihnen aber nicht direkt gewählt werden können.

Ein Schwerpunkt der Beratungen in den Funkhäusern und Gremien ist die Frage der Akzeptanz der Programmangebote (Qualität, Attraktivität, Programmstruktur, Einschaltquoten, Ausgewogenheit, Abstimmung zwischen dem 1., 2. und 3. Fernsehprogramm u.a.m.). Sie hält die Beteiligten mehr oder weniger in Atem, liefert der Medienpolitik ständig neuen Zündstoff und veranlaßt die Presse zu ausschweifender Programmkritik. Eine in umgekehrter Richtung wirkende Pressekritik muß man bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten bis auf löbliche Ausnahmen vermissen. Das ist bedauerlich, denn auch die Presse als Teil der Medien sollte keine heilige Kuh sein.

Die Gewerkschaften sind sich sehr wohl bewußt, daß das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem gegenwärtig eine Reihe von Schwächen und Mängeln aufzuweisen hat, die durch Mißachtung der gesetzlichen Grundlagen, durch mangelnde Unabhängigkeit von parteipolitischen Einflüssen und ungenügendes Reformverständnis bedingt sind. Verändern aber läßt sich diese Situation nicht durch private Konkurrenz, sondern durch einen konstruktiven Ausbau und die schrittweise Weiterentwicklung des öffentlich-rechtlichen Systems. Die Gewerkschaften haben dazu konkrete Vorschläge unterbreitet. Die Rundfunk-Fernseh-Film-Union im DGB hat mit der Novellierung der gesetzlichen Grundlage für Radio Bremen Vorstellungen entwickelt, in welche Richtung eine solche Weiterentwicklung gehen könnte. Der Test in der Praxis wird zeigen, ob diese Pionierarbeit sich bewährt und auch in den anderen Sendeanstalten auf Resonanz stößt.

Test neuer Medien auch unter sozialem und menschlichem Aspekt

Mit der Einführung des Kabelfernsehens — seiner geplanten Erprobung in vier Pilotprojekten — werden Funk und Fernsehen einen entscheidenden Schritt in die technische Zukunft vollziehen, werden neue medienpolitische Probleme und Aufgaben entstehen, auf die sich die Gewerkschaften einzustellen haben. Das gilt ebenso für die 1980 beginnenden Versuchsprogramme von Video- und Bildschirmtext. Schon heute steht fest, daß die Gewerkschaften alle damit verbundenen sozial-wissenschaftlichen Begleituntersuchungen nicht nur sehr aufmerksam verfolgen, sondern sie auch mit praktischen Vorschlägen und Hinweisen unterstützen werden.

Zur rechtlichen Einordnung von Kabelfernsehen sowie zur geplanten Programmerweiterung haben die Gewerkschaften sehr klar ihre Vorstellungen unterbreitet. Die Netzträgerschaft für das neue Medium muß bei der Deutschen Bundespost, die Programmträgerschaft bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten liegen.

Was die zusätzlichen Programme betrifft, so steht die bundesweite Nutzung aller derzeit produzierten und ausgestrahlten deutschsprachigen Programme des In- und Auslandes für die Gewerkschaften im Vordergrund. Für die Produktion neuer zusätzlicher Programme sehen die Gewerkschaften im Hinblick auf die angespannte Finanzsituation der Funk- und Fernseh-anstalten kaum Möglichkeiten. Mit Nachdruck unterstützen sie das seit langem geplante Vorhaben der Funk- und Fernseh-anstalten, ein Vormittagsprogramm für Schichtarbeiter auszu- strahlen, das Teile des Abendprogramms vom Vortag wiederholt. Sicher bedarf dieses Vor- haben nicht erst der Verkabelung, aber wenn verkabelt wird, dann besteht die Verpflichtung zu einem solchen Service um so mehr. Aufschlußreiche Ergebnisse innerhalb der Kabelfern- seh-Pilotprojekte erwarten die Gewerkschaften von der Erprobung des sogenannten offenen Kanals, der praktisch jedermann zur Verfügung stehen soll.

Die Gewerkschaften sind aufgrund ihres verantwortungsbewußten Engagements in Fra- gen des technischen Fortschritts und der Einführung neuer Kommunikationssysteme nicht selten in den Ruf gekommen, sich fortschrittsfeindlich und restriktiv zu verhalten. Sie wehren sich entschieden gegen eine solche Fehleinschätzung. Technischer Fortschritt muß jedoch für sie gleichzeitig sozialer und menschlicher Fortschritt sein. Daraus resultieren bestimmte For- derungen und Zielvorgaben für die Einführung neuer Technologien und neuer elektronischer Medien, die dann zunächst einmal von Seiten der für die Technik Verantwortlichen als hem- mend und störend empfunden werden.

Marktgesetze sind kein Regulativ für das Informationssystem

Die Gewerkschaften nehmen diese Verantwortung nicht nur im Hinblick auf die Einfüh- rung neuer Medien sehr ernst. Sie werten auch die Angriffe auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem, insbesondere die geplante Schaffung einer neuen Konkurrenzsituation durch private Sendeanstalten, als unmittelbare Gefährdung der Informationschancen und - möglichkeiten für jeden Bürger. Die Gesetze des freien Marktes haben sich — das hat die ge- druckte Presse bewiesen — als alleiniges Regulativ für das Vertreiben und Beziehen von In- formationen als untauglich erwiesen. Unter diesem Gesichtspunkt wird der Streit um den Norddeutschen Rundfunk und seine in Aussicht gestellte Zerschlagung sowie die Ankündi- gung kommerzieller Sendeanstalten durch den niedersächsischen Ministerpräsidenten von den Gewerkschaften als Generalangriff auf das derzeitige Informationssystem insgesamt ver- standen.

Der Monopolvorwurf gegen das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem ist ein Teil der Strategie mächtiger Interessengruppen, die dem Privatkapital angehören. Sie sind bereits gegenwärtig in starkem Maße in der elektronischen Unterhaltungsindustrie engagiert und pro- duzieren für das Fernsehen allerdings noch unter der Programmverantwortung der öffent- lich-rechtlichen Sender. Künftig geht es ihnen darum, vollends das Tor zum Bildschirm aufzustoßen, selbst zu bestimmen und natürlich auch zu verantworten, was gesendet wird. Das Prinzip größter Breitenwirkung wäre integraler Bestandteil eines solchen auf hohe Einschaltquoten abgestellten Programmkonzeptes. Bürgerinformationen wirtschaftlicher, politischer und sozialpolitischer Art hätten es ebenso wie Minderheitsprogramme schwer, in einem solchen Konzept den Platz zu finden, der ihnen von der Bedeutung her gebührt. Der Alptraum einer „Kulturrevolution“ mit negativem Ausgang drängt sich auf.

Es ist zu befürchten, daß die Verleger, die jetzt mit Nachdruck in die neuen Medien Bild- schirmtext, Videotext und Kabelfernsehen drängen, um das Geschäft mit der Werbung dort zu erweitern, den Printmedien selbst das Grab schaufeln. Das von den Verlegern erfundene Wort „Bildschirmzeitung“ dient der dialektischen Weichenstellung und soll die Öffentlichkeit ablenken. Ein Bildschirm ist nun einmal keine Zeitung. Wenn das große Geld der Werbewirt-

schaft, auch der lokalen Kleinanzeigen in die neuen Bildschirmmedien fließen würde, dann wäre das der sichere Tod für viele Zeitungen. Der Verkaufs- bzw. Abonnementpreis einer Zeitung reicht schon seit langem zu ihrer Finanzierung nicht mehr aus. Wandern die Zeitungsverleger nun mit privaten Werbeeinnahmen zum Bildschirm ab, so besteht die Gefahr, daß sie ihre unrentable Zeitung bald stilllegen und sich nun mehr als Programmproduzenten betätigen. Natürlich wären das nur einige wenige, der Rest der Zeitungs- Verleger bliebe auf der Strecke. Eine weitere unerwünschte Pressekonzentration wäre unvermeidlich, die Reduzierung von Arbeitsplätzen absehbar.

Der DGB will kein Zeitungssterben, er bedauert den fortschreitenden Konzentrationsprozeß, der dazu führt, daß die mächtigen Verlage immer mächtiger werden und in etlichen Regionen auf dem Zeitungssektor keine lokalen Alternativen mehr vorhanden sind. Er hat - und das nicht nur auf der internationalen Konferenz zur neuen Technik und Pressekonzentration im November 1978 in Berlin — deutlich gemacht, wo er Ansätze für eine vertretbare Weiterentwicklung sieht. Sie gehen in Richtung der Annahme eines Presserechtsrahmengesetzes und des Abbaus des Tendenzschutzes.

Funkausstellung der Superlative und des medienpolitischen Disputs

Die Internationale Funkausstellung 1979 in Berlin hat überaus deutlich demonstriert, wie rasant sich der technische Entwicklungsprozeß in der Unterhaltungselektronikindustrie vollzieht. Der überdimensionale Bildschirm macht Fernsehen zum Heimkino. Die Aufzeichnungsgeräte werden immer leistungsfähiger (2x4 Stunden beispielbar, 10 Tage im voraus programmiert). Leider erweisen sich die verschiedenen Systeme als nicht austauschbar, so daß der Austausch mit dem Nachbarn entfällt - falls er nicht das gleiche System besitzt.

Neue Geräte für Bildschirmtext und Videotext stehen bereit, wenn auch zunächst erst einmal für die Teilnehmer am Feldversuch. Fernsehen über Satellit wird angekündigt, wird aber in unserem Land mit guter Fernsehversorgung auf entsprechende Konkurrenz stoßen. Anders verhält es sich da schon mit der Verkabelung von Wohnblocks und Stadtteilen. Sie ermöglicht die zentrale Einspeisung aller in der Luft befindlichen Programme und gewährleistet einen guten Empfang. Die neutrale Netzträgerschaft durch die Deutsche Bundespost schützt vor einem Mißbrauch der Kabelnetze. Die klingende Medienwelt in Berlin offerierte viel Bekanntes in neuem Glanz, manches Futuristische, noch fern und teuer und auch etliches, was das begonnene Nachdenken vertieft: Was ist nützlich, sinnvoll und wünschbar? Machbar ist sehr viel, bezahlbar aus der Sicht der Arbeitnehmer schon weniger.

Auffallend war die Zuspitzung der medienpolitischen Auseinandersetzung zwischen den Zeitungsverlegern und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die bisweilen auffallend aggressive Kritik der Verleger am öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seinen Fernsehprogrammen gipfelte während der Funkausstellung in dem Vorwurf der „Omnipräsenz von ARD und ZDF“. Zwar billigte man den Anstalten des öffentlichen Rechts vielfältige Aktivitäten zu, kritisierte aber ihre „ausufernde“ Selbstdarstellung. Dabei hatten die Besucher viel Spaß am „Rundfunk zum Anfassen“ und auch die Elektronikindustrie sparte abschließend nicht an Komplimenten für das konstruktive Miteinander während dieser Messe.

Der DGB begrüßt es sehr, wenn - wie in Berlin praktiziert — Hörer, Zuschauer und die Rundfunkanstalten enger zusammenrücken, sich noch besser kennenlernen, um eines der besten Rundfunksysteme der Welt zu erhalten. Wenn daneben auch noch eine vielfältige Zeitungslandschaft bestehenbliebe, dann stünde es nicht schlecht mit den Medien hierzulande und die Medienpolitik käme wieder in ruhigeres Fahrwasser.

Günter Scheer, Christa Wien, Abteilung Werbung - Medienpolitik